

Die „Freiheit“ wird am Sonntag und Montag in Berlin und anderen Städten...
Vertrieb durch die Verlagsanstalt „Freiheit“ in Berlin, unter der Leitung von...
Verlag: Berlin NW 1, Schiffbauerdamm 13.
Telefon: 2400 und 2401.

Vertrieb durch die Verlagsanstalt „Freiheit“ in Berlin und anderen Städten...
Vertrieb durch die Verlagsanstalt „Freiheit“ in Berlin, unter der Leitung von...
Verlag: Berlin NW 1, Schiffbauerdamm 13.
Telefon: 2400 und 2401.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Neuwahlen zum Rätekongress.

Drohender Konflikt.

Am Montag wird die Vollversammlung der Groß-Berliner L. und S.-Räte entscheiden, ob für den bevorstehenden 2. Rätekongress Neuwahlen auf der Grundlage der Bezirkswahl, wie sie vom Zentralrat angeordnet worden ist, vorgenommen werden sollen oder nicht. Der Vollausrat hat sich mit 9 gegen 8 Stimmen für die Vornahme der Neuwahlen ausgesprochen. Alle Einwände, daß die Vornahme dieser Wahl auf einer gemeinsamen Grundlage technisch nicht möglich sei, sind unberücksichtigt geblieben.

Der Beschluß des Vollausrates hat in der reaktionären Presse große Freude ausgelöst. Triumphiierend teilt die „Deutsche Tageszeitung“ mit, daß der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei den national gekennnten Schichten der Bevölkerung die Beteiligung an den Wahlen zum Rätekongress dringend empfohlen habe. Die „Deutsche Tageszeitung“ unterstreicht diese Aufforderung, da es darauf ankomme, daß die gemäßigten Elemente durch rege Beteiligung an den Wahlen dafür sorgen, daß der Rätekongress eine „starke besonnene Mehrheit“ erhalte. Bei dem vom Zentralrat vorgeschlagenen Wahlsystem sei eine solche Mehrheit mit einiger Sicherheit zu erzielen. Auch die Demokraten haben ihre Zustimmung mit dem Beschluß des Vollausrates ausgesprochen, und die Einwände, die Wahl sei technisch in einem so kurzen Zeitraum nicht durchführbar, nicht berücksichtigt. Das „Berliner Tageblatt“ teilt noch vor einigen Tagen diese Meinung. Inzwischen hat es aber doch eingesehen, daß die technischen Schwierigkeiten, die der Vornahme der Neuwahlen auf der Grundlage der Bezirkswahl entgegenstehen, unüberwindlich sind. Es schreibt in der Abendausgabe vom Sonntag:

Man wird sich aber nicht verhehlen können, daß auch die technischen Schwierigkeiten für die Groß-Berliner Wahlen am 30. März sehr groß sind, ja fast als unüberwindlich angesehen werden müssen. Bis hier ist nämlich überhaupt nichts geschehen, was als eine Vorbereitung dazu angesehen werden könnte. Auch gestern war beim Berliner Magistrat noch keine Mitteilung über die Rätewahlen eingegangen. Selbst wenn oder jetzt die Wahlen unverzüglich in Angriff genommen werden sollten, würde sich in die kurze Zeit einer Woche eine ungeheure Arbeit zusammendrängen. Unter allen Umständen müssen doch zunächst einmal Listen aufgestellt werden, was an sich schon erhebliche Schwierigkeiten machen wird, da es sich um ungefähr 800 Kandidaten handeln dürfte. Diese Listen müssen der amtlichen Stelle eingereicht, sie müssen geprüft und veröffentlicht werden. Mag man die Frist für die einzelnen Distrikte noch so kurz ansehen, so ist kaum einzusehen, wie die technischen Vorbereitungen bis zum 30. März fertiggestellt werden sollen. Gleichzeitig müßten aber auch die sämtlichen Wahllokale bereitgestellt, die Wahlvorfände berufen und die Wählerlisten hergestellt werden. Und das alles für einen Bezirk, der nicht bloß Berlin, sondern auch die Kreise Teltow und Niederbarnim umfaßt. Und daneben muß notwendig eine rege Agitation eingeleitet werden, damit die in Frage kommenden Wähler aufgeklärt werden. Nach alledem werden die Wahlen, wenn sie wirklich am 30. März stattfinden können, dezent überhäuft werden müssen, daß sie kaum ein völlig zutreffendes Bild der in der arbeitenden Bevölkerung Berlins herrschenden Stimmung bieten können.

Diese Bedenken sind durchaus zutreffend. Bei der Kürze der Zeit ist eine ordnungsgemäße Vornahme der Wahl bis zum 30. März einfach unmöglich. Trotzdem soll die Neuwahl aber vorgenommen werden. Der Zentralrat teilt mit:

Um die Wahl der Arbeiterräte in Berlin zu ermöglichen und deren Durchführung zu vereinfachen, hat der Zentralrat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Entscheidung über die Wahlkreis-einteilung, nach der die Stadt Berlin mit Teltow-Beesow und Niederbarnim einen Wahlkreis bildet und 16 Delegierte zum Rätekongress zu wählen hätte, aufzuheben. Die Stadt Berlin wird nunmehr als selbständiger Kreis erklärt, der acht Vertreter zu wählen hat. In die acht weiteren Vertreter teilen sich die beiden genannten Kreise nach Maßgabe ihrer Einwohnerzahl. Die Wahlen finden nach den aufgestellten Richtlinien des Zentralrats statt. In der Stadt Berlin werden sie mit Hilfe des Wahlapparats des Magistrats vorgenommen. In den beiden Kreisen werden die Pro-

zedenten den freilichen Arbeiterräten ihre Unterstützung bei Durchführung der Wahl zu leisten haben. Der Termin der Einreichung der Wahlvorschläge wird morgen bekanntgegeben. Die Wahl selbst findet am 30. März statt.

Gegen diese Anordnung des Zentralrats sind die schärfsten Bedenken geäußert. Sie zerstreut durchaus nicht die Befürchtung, daß eine ordnungsgemäße Wahl selbst mit Hilfe des Wahlapparats des Magistrats für die Stadt Berlin ebenso unmöglich ist, wie für die Kreise Teltow-Beesow und Niederbarnim.

Der Kuhhandel perfekt!

Die „Deutsche Allgem. Ztg.“ meldet: Die wir hören, ist in der Landtagsfraktion des Zentrums eine Einigung dahin erzielt worden, daß das Zentrum bereit ist, sich an der Kabinettsbildung in Preußen zu beteiligen. Das Zentrum ist von dem Standpunkte ausgegangen, daß das allgemeine Interesse eine solche Beteiligung verlangt, und daß hinter diesem Interesse auch staatsrechtliche Bedenken von jeder Art zurückzutreten haben. Allerdings ist das Zentrum nicht gewillt, seinen Standpunkt in den kulturellen Fragen irgendwie einzuschränken oder gar aufzugeben. Es sollen vielmehr alle kulturellen Fragen zunächst vom Regierungsprogramm ausgeschaltet bleiben. Sozialdemokratie und Demokratie sind bereit, nach dieser Richtung hin bis zu einem bestimmten Grade entgegenzukommen zu zeigen. Man will dem Zentrum sogar zubilligen, daß es in den freirechtlichen Fragen, falls solche in die Erörterung treten, keinen Standpunkt aufrecht erhält.

Die endgültige Abmachung zwischen dem Zentrum und den beiden anderen Parteien dürfte also nunmehr kurz bevorstehen und wahrscheinlich noch heute oder morgen zum Abschluß kommen. Es würde dann das neue preussische Kabinett aus einer Koalition zwischen Mehrheitssozialisten, Zentrum und Demokratie zusammengesetzt werden.

Nach dieser Meldung des Regierungsorgans ist also nicht mehr zu zweifeln, daß der Rest zwischen Mehrheitssozialisten und Demokraten einerseits und dem Zentrum andererseits geschlossen ist. Aus Furcht vor der Opposition des Zentrums haben die Mehrheitsler und die Demokraten sogar das Unmöglichste gewagt: alle kulturellen Fragen aus dem Regierungsprogramm auszuschalten, mit anderen Worten: jede wirkliche Kulturpolitik überhaupt preiszugeben. Da die Kulturpolitik zu den Hauptaufgaben der Einzelstaaten gehört, so bedeutet ihre Ausschaltung für die Mehrheitspartei den schärfsten politischen und moralischen Bankrott.

Entwaffnung der Entente-Befehung von Budapest.

Sien, 22. März. (Eigener Drahtbericht.) Die des Korrespondenz-Bureau meldet, ist die Entente-Befehung von Budapest von den Kommunisten entwaffnet worden.

Die Sozialisierung des Bergbaus.

Offiziell wird mitgeteilt: Nachdem die Nationalversammlung des Sozialisierungsgejes und das Sachgejes beschlossen hat, wird ein von den beteiligten beteiligten Berufsständen auszuwählender Sachverständigenrat in Gemeinschaft mit den Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden zu beraten haben, wie die Reichsstaublenwirtschaft im einzelnen zweckmäßig auszubauen sein wird. Die großen Verhände der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber, des Handels, der Verbraucherkreise usw. sind bereits aufgeföhrt worden, ihre Vertreter für den Sachverständigenrat auszuwählen und zu benennen. Soweit dies erfolgt ist, werden die Sachverständigen zu einer eingehenden Beratung zusammenberufen werden, die voraussichtlich am 14. April beginnen wird. Inzwischen werden die dem Sachverständigenrat vorzuliegenden Vorschläge ausgearbeitet.

Wir hoffen, daß die Regierung auch daran denken wird, Sachverständige im Sozialismus den Beratungen zuzuziehen und ebenso die Sozialisierungskommission, deren Vorschlagsbericht ja die genaue Grundlage für eine wirkliche Sozialisierung geben würde.

Neue telet . . .

Die Ereignisse in Ungarn sind eine ernste Warnung. Graf Karolyi hat auf die Nacht berichtet, sein Koalitionsministerium, in dem auch Sozialdemokraten saßen, hat abgedankt. Es ist das Geständnis, daß das Bürgertum auf die Dauer der unheimlichen Schwierigkeiten, die die politische und soziale Revolution erzwang, nicht Herr werden kann. Es überläßt das verwüstete Erbe dem Proletariat, das sich vor die riesige Aufgabe gestellt sieht, auf den Trümmern die neue Welt aufzubauen.

In den Kleinstaaten des Ostens, die der entwicklungsteilnehmende Imperialismus des Westens als seine Ausbeutungsobjekte und als seine gezwungenen oder freiwilligen Helfer in den Strudel des Weltkrieges hineingerissen hat, hat der sich entwickelnde Kapitalismus wie überall den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie geschaffen und der Armut hat den Massenegenenstand außerordentlich verschärft, zugleich den staatlichen Macht- und Herrschaftsapparat gänzlich erkaufteht. Zugleich ist aber in vielen dieser Staaten oder Staatsteilen auch das alte Problem der Landbevölkerung ungelöst. Die russische Kararrevolution, die Verherrlichung des Landes durch die arme Bauernschaft hat in all diesen Ländern revolutionierend gewirkt. So verbinden sich bäuerliche und proletarische Interessen ähnlich wie in Rußland selbst überall dort, wie in Böhmen, Ungarn, Rumänien starke Vorbereitung des Großgrundbesitzes einerseits eine landarme Bauernschaft andererseits sich vorfindet.

In den Ländern, die die Entente begünstigt, wie Böhmen und Rumänien, sucht die Regierung durch Entschaffung aller nationalistischen Ausfälle, durch einen schrankenlosen Annexionismus die revolutionäre Lösung der sozialen Probleme zu verhindern. Vergebens! Denn auch dort wächst die soziale Gährung unaufhaltsam, und in Böhmen verläuft sich die Situation bereits so, daß die Regierung vor der Kapitulation zu stehen kommt. Der Versuch, den Sozialismus durch den Nationalismus zu bestegen, erleidet überall Schiffsbruch.

Die Verzögerung der Lösung der sozialen Probleme, der Widerstand gegen den Sozialismus beschleunigt nur den Sturz der bürgerlichen Herrschaft und verschärft die Formen, in denen der Kampf ausgetragen wird.

In Ungarn kommt noch hinzu, daß es zu den Ländern gehört, auf deren Kösten der nationalistische Annexionismus der Ententeentgegenossen befrachtet werden soll. Die Diplomatie der Westmächte hat offenbar geahndt, diesen Annexionismus befrichtigen zu müssen, um in diesen Ländern das bürgerliche Regime erhalten zu können. Diese Hoffnung wird sie trügen. Schon jetzt hat die Politik die völlige Revolutionierung Ungarns bewirkt und diese wird rückwirkend die revolutionäre Entwicklung in den von der Entente begünstigten Staaten beschleunigen. Nach dem militärischen Sieg erleidet der Ententeimperialismus in der ungarischen Revolution eine soziale Niederlage.

Der Bericht der ungarischen Regierung ist unmittelbar durch die Ausdehnung der Besetzung Ungarns erfolgt. Ein Telegramm aus Wien meldet:

Die neue Besetzungszone in Ungarn, deren Grenzlinien in der von Oberstleutnant Sig dem Grafen Karolyi überreichten Entententete im einzelnen bestimmt werden, bedeutet ein Vorziehen der Allierten, insbesondere der rumänischen Truppen um 200 Kilometer Länge um etwa 60 Kilometer nach Westen. In diese Zone fallen außer dem ganzen Bihar Komitat auch die bedeutenden Städte: Arad, Szegedin, Szegharden und Debreczin, welche, weil mit der neuen Zone auch die politische Grenze fortgesetzt wird, für Ungarn verloren gehen würden. Es würde hierdurch ein Gebiet mit etwa 2 1/2 Millionen Menschen von Ungarn losgerissen und Ungarn in der Hauptsache auf das Land zwischen Donau und Theis und das mittlere Theistal beschränkt.

Die Rote besagt weiter, daß der Rückzug der ungarischen Truppen hinter die Westgrenze der neutralen Zone mit dem 23. März beginnend innerhalb höchstens 10 Tagen beendet sein muß, nach deren Ablauf die rumänischen Truppen ihre Einien vorziehen sollen. Das Kriegsmaterial in der neutralen Zone wird der ungarischen Regierung zur Verfügung gestellt. Eisenbahn- und Wirtschaftsmaterial muß bis zu weiterer Entscheidung auf dem Fleck verbleiben. Die bürgerliche Verwaltung soll in der neutralen Zone unter Kontrolle der Allierten in der Hand

Zusammenbruch des militärischen Systems. Und Sie können nicht behaupten, daß gerade die Arbeiter- und Soldatenrate des Rheinlandes alles getan haben, um das zurückgehende Meer wohlbehalten zurückzuführen. (Widerspruch rechts.)

Die Vorläufigen Beschlüsse des Zentrums resultieren aus republikanischen Grundsätzen. Sie haben Angst, ihre kirchliche Vormachtstellung und ihren Einfluß auf die Schule zu verlieren, und deshalb schlagen sie die Kulturkampfbank von Zeit zu Zeit wieder und rufen: „Die Religion ist in Gefahr“. Das hängt von keinem großen Vertrauen zu der Kraft ihrer Ideen her, denn es ihnen gelingt, eine solche rheinische Republik zu gründen, dann würde das allerdings für das Zentrum ein Idealstaat werden. Wie es darin ausdauern würde, hat uns der Wahlsieg gelehrt. Wer nicht Zentrum wählt, so wurde von den Geistlichen im Hochamt, in der Predigt verflucht, begehrt eine Todflucht. (Eregte Zwischenrufe: Rüge, im Zentrum.)

Einige Worte an die Rechtssozialisten: Sie haben sich gestern erfreulicherweise gegen die rheinische Republik geäußert. Aber in der ersten Zeit der Bewegung konnten wir uns des Eindruckes nicht verschließen, daß Ihre Vertreter — wie Herr Feld — zunächst mit der Republik etwas gütliches zu haben, um nicht den Anstoß zu verpassen. Hätten Sie vom ersten Augenblick an eine entschiedene Stellung dagegen eingenommen, würde die Bewegung nicht darauf an Boden gewonnen haben.

Sollte es gelingen, unter dem Schutze der Entente eine solche Republik zu gründen, würden wir ihr keine Kränze nachschicken. Republikanische Grundsätze sind während des Krieges mehrfach unter deutschem Protektorat entstanden. Ich verweise auf die Ukraine. Aber sie sind nicht mehr zu retten. Der revolutionäre Wille der Völker hat sich in einem Lande nach dem andern durchgesetzt. Und der Glaube an die Unerschöpflichkeit dieser Kraft gibt uns die Gewißheit, daß alle völkerverfeindlichen Bestrebungen scheitern müssen.

Dem festesten Verbänden des Sozialismus gehört trotz allem die Zukunft.

(Weiß' links.) In Saarbrücken geübt. Ich bin am freien deutschen Rhein geboren und will mein müdes Haupt auch am freien deutschen Rhein betten.

Abg. v. d. Osten (Deutschland): Wir hängen mit allen Fasern unseres Herzens an allen Preußen. Und treibt heute Sozialdemokratie, die uns in fünf Jahrhunderten mit dem Kaiserthum verbunden hat. Wenn man in Berlin herumhört, so findet man manchen Sozialdemokraten, der sagt: „Wenn doch der Kaiser wieder da wäre.“ Der Preussische Staat muß ein Machtfaktor bleiben, dafür muß die Regierung sorgen.

Unterschiedssekretär Dr. Freund: Die preussische Staatsregierung ist der Auffassung, daß alle Bestrebungen, die auf eine Spaltung und Loslösung einzelner Teile vom preussischen Staat hinführen, in der Tat geeignet sind, die Leistungsfähigkeit Preußens auf das ernste zu gefährden.

Soll Preußen in der Lage bleiben, seine wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben zu lösen, so muß ein Ausgleich geschaffen werden, zwischen den wachsenden und wachsenden Landesteilen, zwischen dem Osten und zwischen dem Westen.

Preußen ist auf allen Gebieten stark geworden nur durch die Vorgänge des Großbetriebes, wie er in einem solchen Maßgrade liegt. Es würde es nicht unmöglich sein, die großen Aufgaben auf dem Gebiet der Schule, der inneren Kolonisation, in der Kultur, in der Errichtung von Kolonien, in der Versorgung mit Elektrizität zu lösen, wenn man darin die einzelnen Provinzen auf ihre eigene Kraft stellen wollte. Nun wird einwendet, daß das Preußen ja auch das Reich machen. Das wäre an sich durchaus denkbar, aber daran denkt das Reich nicht. Wir haben eben in Weimar die Kompromisse des Reiches durchgezogen und das Resultat war: Das Reich will wohl für solche Dinge Grundzüge aufstellen, aber die praktische Lösung überläßt es den Gliedstaaten. Preußen würde aber einfach nicht mehr mitande sein, diese Aufgaben zu lösen, wenn man die wachsenden Provinzen einfach abtrennen wollte.

Deshalb übernehmen die Herren, die diese Bestrebungen auf Loslösung fördern, eine ungeheure Verantwortung (Sehr richtig! Zustimmung.) eine Verantwortung, die sie e genlich lösen können. Ich nehme kein Blatt vor den Mund und erkläre, daß der Reichsminister Dr. Preuß einen bedenklichen Weg gegangen ist, als er die Wiederaktuelle gegen den Gesamtsouverän. Das, was in Weimar beschlossen wurde, ist eine Vergewaltigung Preußens. Darauf kann sich niemand einlassen, der eine gesunde Entwicklung Preußens will.

Abg. Limberg (Soz.): Die sozialistische Absperrung, die die Folge einer rheinisch-westfälischen Republik wäre, würde die Berechtigung der rheinischen Industrie sein. Die sofortige Forderung einer rheinisch-westfälischen Republik wäre zweifellos der Generalstreik. Wir werden uns aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen mit allen Mitteln gegen jede Wunde der Zentrumstheorie wehren.

Abg. Janßen (Dem.): Wir Demokraten wenden uns auf das entschiedenste auch gegen den hohen Gedanken einer Spaltung. Der Vorschlag der „Rheinischen Volksregierung“, von Landkreis zu Landkreis abzukommen, bedeutet doch die Spaltung eines Staatswesens in Wom. Ich habe durch eine Umfrage bei 88 Stadtverwaltungen eine Entscheidung gemacht, um die Stimmung zu erforschen. Wir sind 34 Anträge geworden und davon hat sich für die Republik nicht eine einzige ausgesprochen.

Das Haus vertagt sich.
Montag 2 Uhr: Nörmliche Anfragen, Weiterberatung, landwirtschaftliche Anträge. Schluß 3 1/2 Uhr.

Die Bewaffnung des Bürgerthums.

Au unserer in Nr. 133 vom 20. März unter der vorstehenden Überschrift veröffentlichten Mitteilung über die Verammlung in der Hafenscheide, erhalten wir von Herrn Rektor Koylich folgende Verlautbarung:

1. Es ist unwar, daß ich in der am Montag, den 17. d. M. in der Hafenscheide, Schützheißbräuerei, stattgefundenen Versammlung behufs Gründung einer Einwohnerwehr in den Hafenscheide-Bezirk den Vorschlag geführt habe.

2. Es ist unwar, daß ich die mit in den Mund gelegten Ausführungen wörtlich oder auch nur dem Sinne nach gemacht habe. Ich bin in dieser Verammlung erst erschienen, als die Verammlung bereits ihr Ende erreicht hatte.

3. Es ist unwar, daß ich in der kurzen nachträglichen Ansprache erklärt haben soll: „Arbeiter sind unter allen Umständen fernzuhalten. Bei Aufnahme von Wehrbürgern sozialisten sei äußerste Vorsicht geboten.“ Vielmehr habe ich ausgeführt, daß jeder in der Einwohnerwehr willkommen sein soll, der mithelfen will, für Ruhe und Ordnung in unserem Stadtteil einzutreten.

4. Es ist unwar, daß ich erklärt haben soll, daß „unter allen Umständen dafür gesorgt werden müsse, daß die „Roten“ nichts davon erfahren!“ Am Gegenteil habe ich ausgeführt, daß die Existenz der Einwohnerwehr in der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden müsse.

Au dieser Verlautbarung möchte ich bemerken, daß Herr Rektor Koylich nur berichtet, daß er die ihm in den Mund gelegten Äußerungen nicht getan hat, er sucht aber nicht zu bestritten, daß die von uns wiederholten Äußerungen geäußert sind. Dadurch bleiben alle von uns ausgesprochenen Behauptungen unberührt.

Am übrigen zeigen in unsere Mitteilungen über die Bewaffnung von Berlin nach Magdeburg, wie weit die Bewaffnung des Bürgerthums auch im Reich schon vorgeschritten ist.

Die Ermordung der Matrosen.

Unsere verbürgte Vorstellung über die Ermordung der 24 Matrosen in der Französischen Straße wird von der gesamten Berliner Presse unterschlagen. Eine Ausnahme macht die „Berliner Volkszeitung“. Sie gibt unsere Darstellung wörtlich wieder und schreibt im Anschluß an unsere Forderung, den Oberleutnant Marlow wegen vorläufigen Mordes sofort zu verhaften, folgendes:

Diese Forderung sollte in einem Rechtsakte selbstverständlich sein. Gestern ist der Presse offiziell mitgeteilt worden, daß das Verfahren gegen die in der Französischen Straße verhafteten Matrosen eingestellt worden ist, da ihnen strafbare Handlungen nicht nachgewiesen worden sind.“ Wir fragen erneut: Was lag gegen die Erschossen vor? Wenn sie unschuldig hingemordet wurden, warum wurde der schuldige Oberleutnant Marlow nicht sofort verhaftet und seine Verhaftung bekanntgegeben? Auch nach den uns gewordenen Mitteilungen ist der Umfang des Blutbades durch das Dazwischentreten eines Hauptmanns verringert worden. Sein Name ist, wie uns mitgeteilt wird, Wenzler.

Der „Vorwärts“ wird auch hier wieder von einem bürgerlichen Blatt bekämpft. Das Gefühl für Recht und Gerechtigkeit ist ihm völlig abhanden gekommen. Er hat jeden Bericht der Garde-Kavallerie-Schützen-Division über angebliche „Greuel der Sozialisten“ untertänigst nachgedruckt, obwohl die Verheerungen dieser militärischen Stelle den Stempel der Unwahrheit auf der Stirn tragen.

Das ungeheuerliche Verbrechen in der Französischen Straße rührt kein regierungsmässiges Verbrechen. Aber die Beweise gerade über diesen Fall sind so klar und so einwandfrei, daß jeder Versuch, die Ermordung durch den Mord-Erlaß oder einen sonstigen Befehl zu rechtfertigen, in nichts aufkommen wird. Es handelt sich um eine wohlüberlegte, feige Mordtat, die, wie die „Volkszeitung“ sagt, an Entschlossenheit ihres Mordes nicht zu vergleichen ist.

Wir fordern daher nochmals die sofortige Verhaftung des Mörders.

Eine verschlechte Drohung.

Wir erhielten vom Detachement Oden folgenden Brief: „In der gestrigen Morgenausgabe (Nr. 127) Ihrer Zeitung wird gegen das Detachement Oden die Verurteilung erhoben, daß von demselben unehrbare, jugendliche Weisungen durch Weisungen die größten Missethaten begangen seien. Nur Grund der angehaltenen Ermittlungen wird hiermit diese Anklage ab von Anfang bis zum Ende als erfindung bezeichnet. Die Redaktion wird deshalb ersucht, entweder ihre Zeugen namhaft zu machen, damit in eine weitere Aufklärung der Angelegenheit eingetreten werden kann, oder aber unter Hinweis auf den entsprechenden Paragraphen des Preussischen Strafgesetzbuchs, in ihrer nächsten Nummer der Öffentlichkeit davon Kenntnis zu geben, daß sie sich von der gänzlichen Haltlosigkeit dieser schweren Anklage überzeugt hat.“

Sollte die Redaktion wider Erwarten keinem der beiden Ansinnen entsprechen, so behält sich das Detachement weitere Schritte vor.

J. A.: Unterschrift unleserlich.

Das Detachement Oden verweigert anheimend unsere Redaktion mit einem Kaiserhofs. Anders läßt sich wenigstens der Ton nicht erklären, den es gegen uns angeschlagen beliebt. Wir wollen dem Detachement Oden aber allen Ernstes sagen, daß es sich gründlich verrechnet hat, wenn es glaubt, wir würden ihm unsere Zeugen in die Hände spielen. Es gibt nämlich, was das Detachement Oden nicht zu wissen scheint, ein Redaktionsgeheimnis.

Wir haben im übrigen den Fall noch einmal nachgeprüft und erneut festgestellt, daß am Donnerstag, den 18. März, ein junger Mensch im Alter von 15 bis 16 Jahren aus dem Militärhospitale mit einer Kettpeitsche von dort stationierten Soldaten mißhandelt worden ist. Durch das Zusammenstoßen des Angeklagten wurden die Anwohner der Nachbargassen aufmerksam. Um unliebsame Zuschauer fernzuhalten, gaben die Soldaten Schreckschüsse ab. Trotzdem wurde der Vorgang genau beobachtet. Der junge Mensch wurde zu Boden geworfen und mit Füßen getreten, so daß ihm schließlich das Blut zu den Nasen heraushieß. Schwer kann sein Vergehen aber nicht gewesen sein, denn man hat ihn wieder laufen lassen. Wägham konnte er sich nur entschließen, um ihn in schnellerem Tempo zu bringen, feuerten die Soldaten Schreckschüsse hinter ihm ab.

Weitere Trupps junger Leute sind denn später noch verschleudert herbeigeführt worden. Man zog es jedoch vor, sie in den inneren Hof zu führen, der vor den Mägen der Kuhwelt mehr geschützt ist. Was dort geschah, können nur die unmittelbar beteiligten Opfer wissen. Das von uns ermittelte Beispiel läßt aber das Schlimmste befürchten.

Wie sie zu Werke gingen.

Von einem bürgerlichen Herrn, der leitender Beamter eines Industrieunternehmens in Lichtenberg ist, wird uns folgendes berichtet:

Ich bin Vorredner und Inhaber des G. R. I. und II. Kl. sowie verschiedener anderer Kriegsauszeichnungen. Meine Wohnung ist durchaus regierungsgemäß. Was ich aber am Donnerstag, den 14. März, mit eigenen Augen gesehen habe, bringt mich, meine Auffassung über die Regierungstruppen zu korrigieren.

Am genannten Tage legte ich mich in Begleitung von zwei Mitgliedern der Soldatenwehr vom Garde-Gen.-Regt. 6 in den Schutzhof der Willenborstraße. Hier war eine freiwillige Formation unangebracht, bei der ich wegen der Fortführung meines Betriebes Erlaubigungen einziehen wollte. Zwei Magistrate mitgeleitet, die gleichfalls Schutz suchten, folgten uns:

Soziale bei unserem Eintritt mußten wir die Erschießung von drei Männern und etwas später, von weiteren zwei Opfern mit ansehen.

Hauptmann Soligt vom III. Regt. 166, Domburg, mit Mantel und verhämmeltem linken Arm, in Lichtenberg allgemein wegen seiner Tätigkeit bekannt, rief, kaum meine unschuldig geworden: „Den Kerl an die Wand!“

Keinerlei Vernehmung, nicht einmal eine Verhaftung war vorhergegangen. Nur dem Eingreifen des Adjutanten habe

ich es zu verdanken, daß ich nicht erschossen worden bin. Ich wurde jedoch bis 4 Uhr in Schutzhof gehalten. Dann verordnete sich Herr Oberbürgermeister Zietzen für mich, ich konnte gehen, wunderte mich aber sehr über den geringfügigen und groben Ton, mit dem der Hauptmann mit dem Oberhaupt der Stadt Lichtenberg umzugehen beliebte.

In der Zwischenzeit war ein Gesangener vorgeführt worden. Ein Verhör oder Verurteilung hat nicht stattgefunden, sondern Hauptmann Soligt schrie mit sich überschlagender Stimme: „An die Wand! An die Wand! An die Wand!“

Zwei Dutzend des Unglücklichen, wenigstens seines Frau und seinem Kinde Nachricht geben zu dürfen, begehrten lauten Ohren. Der Mann wurde erschossen.

Später sind etwa 20 weitere Gesangene angebracht worden, die nach dem Wagnerplatz geführt werden sollten. Ein besser-geliebter Herr, der diese Leute anscheinend legitimieren wollte, wurde von Hauptmann Soligt mit den Worten angefahren: „Sie haben das Maul zu halten; hier habe ich zu bestimmen.“

Unser Gewährsmann ist bereit, seine Angaben in jeder Weise zu vertreten. Er hat nur den einen Wunsch, daß allerhöchstens mit solchen Zuständen, und besonders mit Leuten vom Schlage Soligt's, ausgeräumt wird.

Wir fordern die sofortige Verhaftung des Hauptmanns Soligt.

„Hat sich gar nichts geändert.“

Die „Danzburger Volkszeitung“ veröffentlicht den Brief eines jungen, freiwilligen Leutnants aus Berlin. Es heißt darin:

„Glücklich hier in Berlin gelandet. Hier ist tatsächlich Krieg. Schwere Artillerie, Zwei-Zentner-Minen, Fliegerbomben sind an der Tagesordnung. (Belgien die erlogenen Gewissensbisse von Lichtenberg.) Die Gut der Regierungstruppen ist auf das höchste gestiegen. Die Disziplin ist ganz vorzüglich. Genau wie früher wird auch hier geübt. Offiziere tragen fast alle Kapselstriebe und Regen. Nicht tatsächlich wieder Spitz, Soldat zu spielen. Habe auch meinen Durschen. Hat sich gar nichts geändert...“

Lebensmitteldampfer laufen aus.

Hamburg, 22. März. Folgende Dampfer laufen heute aus: Nach den Downs „Kap Finjette“, „Rio Negro“, „Rio Verde“, „Alexandra Boemann“, „Eduard Boemann“ und „Jaba“, — nach dem Firth of Forth: „Santa Cruz“, „Cordoba“, „Jalajah“, „Regina“, „Artenfels“, „Pera“ und „Rigoma“.

Bremen, 22. März. Die heutige Seemannsversammlung erklärte sich mit 222 gegen 18 Stimmen gegen die Ausfahrt der Lebensmitteldampfer aus Bremen.

Schon die geringe Zahl der Abstimmenden zeigt, daß dieser Beschluß nur von einer kleinen Minderheit der Seeleute Bremens gefaßt worden ist. Wir halten diesen Beschluß für ebenso verfehlt, wie den im vorigen Ja bereits wieder aufgehobenen der Danziger Seeleute. Auch die Bremer Seeleute müssen einsehen, daß sie ihre eigenen Interessen hinter denen der Allgemeinheit zurücktreten lassen müssen.

Volksbühne.

Die Heirat.

Mit allen Heiterkeiten wurde gestern abend in der Volksbühne Gogols tragikomische „Heirat“, eine „un glaubliche Begebenheit in drei Akten“, aufgeführt. Gegen den harten Beschluß der wenigen unzufriedenen Zuschauer am Schluß nicht aufzukommen. Sie mißverstanden wohl den tiefsten Sinn des unerwarteten Ausganges, daß der eingeweihete Junggeselle, nachdem er es plötzlich zum Verräther gekehrt hat, mit seinen Freierfreunden vor der Trauung durch Heirat flüchtet. Auch in dieser Komödie, die im Gegensatz zu der oft gezeigten politischen Satire Gogols „Der Revisor“ in Deutschland wenig bekannt ist, erweist sich der große russische Dichter — ein Vorkämpfer des Sozialismus — unter dem Mantel des Komischen als Räuber und Ritter der toten und lebenden Seelen. Auf slavischem Grunde rundet sich ihm ein Weltbild, wo Glück und Trauer, Tugend und Heißheit sich ineinander verschmelzen. Der Aufführung fehlte leider jedes russische Kolorit, aber die Herren Herzfeld, Werber und Stahl-Rachbaur, die Damen Mannheim, Weißleder und Albrecht wurden den Absichten des Dichters annähernd gerecht. Dem Schwanke zwischen Natürlichkeit und stilisierter Heraushebung fehlte auch in der Rolle des Gleichgewicht. Die Rolle der zögernden Braut — es sind menschlich ernste Rollen wie von Schopenhauers Gnaden, die da getrieben werden — sollte Fräulein Mannheim aus marionettenspielerischer Erörterung und Verwunderung zu fester Hausfrau erlösen, für die ihr Talent bisweilen schon die rechten Töne fand. Neben dem in seiner wissenden Einsicht während gepflegten russischen Kosak des Herrn Herzfeld nahm sich der betrieblame Freund und Kuppeler des Herrn Julius Sachs wie ein Gast aus einer Berliner Vorstadtpost aus. Auch in dieser „lustigen Person“ des Allerbühnenpans steht Gogols Geist.

E. B.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Bielepp, Neuhöfen. — Verlagsverhältnisse: „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsanstalt m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Wie nutzt der Berliner

seiner Heimatstadt am besten?

Durch Zeichnung

von Berliner Stadtanleihe von 1919

Konferenz der Soldatenräte des Gardekorps.

Konflikt mit dem kommandierenden General.

Die Soldatenräte des Gardekorps hielten gestern im früheren Herrenhause eine Vollversammlung ab. Zunächst wurde die Wahl eines Mitgliedes zum Korps-Soldatenrat vorgenommen. Durch den Eintritt in den Vollversammlungsrat ist die Stelle des Kameraden Albrecht freigeworden. Für ihn wurde Max Spandau gewählt.

Darauf gab Stödel den Bericht des Korps-Soldatenrats. Von Anfang an seiner Tätigkeit wurden dem Korps-Soldatenrat durch den kommandierenden General Schwierigkeiten bereitet. Die nachgelagerte Veröffentlichung des Protokolls der konstituierenden Versammlungen auch im Korps-Verordnungsblatt publiziert werden sollen. Ihm ein Beschluß der Sitzung, monad die Vollversammlungen durch die Tageszeitungen einberufen werden sollen, nicht pagte. Es wurde eine Einigung dahingehend erzielt, daß die Versammlungen auch im Korps-Verordnungsblatt publiziert werden sollen. Trotzdem unterließ sich Stödel noch die Veröffentlichung des Protokolls. Nun wurde der Redner, Stödel, als der Stein des Anstoßes bezeichnet. „Er nehme gegenüber dem kommandierenden General nicht die nötige militärische Haltung ein.“ (Heiterkeit.) Schließlich verlangte man, daß die Versammlungen durch das Generalkommando einberufen werden.

Der Redner kam dann auf die Begrüßungsansprache, die der kommandierende General dem Korps-Soldatenrat bei seiner Vereidung gehalten hat, zu sprechen. (Die „Freiheit“ hat darüber bereits berichtet.) Der Herr General wolle sich dem Korps-Soldatenrat gegenüber als der Vorgesetzte auf, er wolle mit den Soldatenräten nur in militärischen Formen verkehren. Nur wenn es ihm beliebt, wolle er den Soldatenrat hören, eine Kontrolle der Kasernen durch den Soldatenrat verbot er sich. Mit Soldaten, die in irgend einer Beziehung zur „Roten Armee“ ständen, lehne er jede Verhandlung ab. Schließlich erklärte er den Korps-Soldatenrat als eine Ableitung des Generalkommandos, dessen

Herr und Geister

er sei. Er lehnte es auch ab, den Mitarbeitern des Korps-Soldatenrats die erforderlichen Legitimationen auszustellen. Ueber das Verhalten des Generals, mit dem jede Zusammenarbeit unmöglich sei, sei beim Unterstaatssekretär Köhre mündlich und schriftliche Beschwerden eingeleitet worden, in der

die Absehung des Generals von Boeckmann

und des Chefs des Stabes, Major von Boh, verlangt wurde. Die Untersuchungen seien noch nicht abgeschlossen.

In der Zeit der Unruhen bemühte sich der Korps-Soldatenrat, eine Verständigung zwischen den Soldaten und den Regierungstruppen über Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung herbeizuführen. Das Generalkommando verbot aber den Kommandeuren den Besuch der zu diesem Zwecke einberufenen Versammlung. Schließlich wurde in Gemeinschaft mit dem Generalkommando die Versammlung abgehalten, in der die Soldaten erklärten, hinter der Regierung zu stehen und bereit zu sein, bei der Aufrechterhaltung der Ruhe mitzuwirken. Zu einer vom Generalkommando einberufenen Versammlung, die „der Aufklärung der Soldaten über den Bolschewismus“ dienen sollte, habe der Korps-Soldatenrat keine Zustimmung erteilt, da er zu einer derartig einseitigen politischen Aktion unter den Soldaten nicht beizutreten wolle. Trotzdem fand die Versammlung statt. Das Generalkommando habe sich als der politischen Kontrolle des Korps-Soldatenrats entgegen.

Nach dem beifällig aufgenommenen Bericht wurde ohne Diskussion gegen eine Stimme folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung der Soldatenräte des Gardekorps billigt die Stellungnahme des Korps-Soldatenrats, die er in dem Konflikt mit dem kommandierenden General des Generalkommandos eingenommen hat. Die Versammlung stellt von neuem den Antrag, den kommandierenden General des Generalkommandos von seinem Posten abzurufen und sie erwartet, daß seitens des Kriegsministeriums dem Antrag stattgegeben werde.

Die Wahl von Delegierten zum Rätekongreß wurde dem Korps-Soldatenrat überlassen. Es entspann sich dann noch eine längere allgemeine Debatte, in der die politische Situation gewürdigt wurde. Schröder sagte, seit dem 9. November sei ein stetiger Rückschritt in Deutschland zu verzeichnen. Die führenden Männer in Deutschland beizügeln sich an der Abwärtung der Soldatenräte, deren Existenz auch im neuen Jahre notwendig sei. Gegenüber den heuchlerischen Klagen über die angeblich hohen Ausgaben, die die Offiziere erforderten, hin. Dazu käme, daß sie in den meisten Fällen so gut wie keine Tätigkeit entfalten. Symeier die die Anti-Bolschewismus-Versammlung besucht hatte, bemerkte, die dort aufgestellten Richtlinien gelten nur für die Bekämpfung des Terrors der Straße. Albrecht gab in einer längeren Rede einen Überblick über die letzten politischen Ereignisse. Er wandte sich besonders klar gegen die Verbeibehaltung der militärischen Dienststellen, die nach dem Kriege in diesem Umfang keine Berechtigung mehr hätten. Die Berliner Kommandantur beschäufte deistweise 700 bis 800 Arbeitskräfte. Außerdem bestehen noch immer zwei Generalkommandos im kriegsstarke Umfang und zu den vielen Brigaden bildeten sich noch neue. Auch an einen Abbau der Kräfte des Kriegsministeriums und des Generalsstabes müsse unbedingt herangegangen werden.

Gegen die vom Generalkommando beabsichtigte

politische Reinigung in den Reihen der Soldatenräte

müßten die schwersten Bedenken erhoben werden. Denn das werde nicht alles als Bolschewismus und Bolschewismus bezeichnet. Der Bolschewismus als politische Bewegung dürfe nur mit geistigen Waffen bekämpft werden. Auch er und seine Partei verurteile den Terror. Wer hat denn aber in Berlin den Terror am schärfsten geübt? Nehner bereitete sich über die Berliner Zustände während der Herrschaft der Regierungstruppen und protestiert besonders gegen die Behandlung der Befangenen durch die weiße Garde. Der Kommandeur der freiwilligen Landjäger, die Halle besetzt hatten, habe sich über seine eigenen Truppen dahin ausgesprochen, daß nur 30 Proz. zu gebrauchen seien, während die übrigen Spitzhaken und Vordroher seien.

Der Vertreter des Generalkommandos, Hauptmann von Capelle, erklärte, daß man nicht den Begriff des Bolschewismus bekämpfen wolle, es handle sich um viel harmlosere Maßnahmen als die Soldatenräte befürchteten. Demgegenüber wurde festgestellt, daß in der Einladung zu jener antibolschewistischen Versammlung gesagt war: Es müsse jedem einzelnen Soldaten klargemacht werden, daß

der Bolschewismus nur mit Waffengewalt zu bekämpfen sei.

Ein Vertreter des 5. Armeekorps erklärte, daß sein Soldatenrat auf Grund der Erfahrungen, die er mit dem Generalkommando gemacht habe, einen klaren Trennungstrieb gegen über den Freiwilligenkorps gezogen habe.

Nach Erledigung innerer Angelegenheiten wurde die ruhig und kürzlich verlaufene Versammlung geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Der Einigungspruch abgelehnt!

Die Angestellten der Berliner Metallindustrie stehen seit längerer Zeit in Verhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller wegen Abschluß eines Gehaltsprovisoriums. Am 10. März wurde durch eine Einigungscommission in dieser Streitfrage ein Schiedspruch gefällt. Die Arbeitgeber weigern sich nun, sich dem Schiedspruch bedingungslos zu unterwerfen. Sie knüpfen daran die Bedingung, daß der Punkt 3 des Schiedspruches in ihrem Sinne ausgelegt wird. Unter diesen Umständen haben die Obleute der Angestellten-Ausschüsse der Berliner Metallindustrie in ihrer gestrigen Versammlung ebenfalls abgelehnt, sich dem Schiedspruch zu unterwerfen. Die Obleute der Betriebe hielten sich an den Wortlaut des Einigungspruches und empfahlen den Angestellten, sich ihrer Auffassung anzuschließen. Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände wurden beauftragt, in Gemeinschaft mit den Obleuten der Fachgruppen in neue Verhandlungen einzutreten, und diese bis zum 28. März zum Abschluß zu bringen.

Für das Räteystem.

Am Freitag, den 21. März, fand eine vom Gewerkschafts-faktell Weihensee einberufene Konferenz aller Funktionäre Weihensee statt. Es waren circa 150 Funktionäre aller Parteilichungen anwesend. Die Konferenz nahm nach einem Vortrag des Genossen P. Neumann folgende Resolution einstimmig an:

Die am 21. März, vom Gewerkschafts-faktell Weihensee einberufene Konferenz aller Funktionäre und Vertrauensleute erklärt folgendes: Wir stellen uns auf den Boden des Räte systems, denn nur dadurch ist es möglich, die arbeitende Masse zu ihrem politischen und wirtschaftlichen Recht zu verhelfen. Wir erstreben die Diktatur des Proletariats, der großen Volksmehrheit, als notwendige Vorbedingung zur Verwirklichung des Sozialismus, der wahren Demokratie. Wir werden die Arbeiterräte in ihrem Kampf um die Macht mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen.

An die Berliner Arbeiterschaft!

Die Revolution ist nicht zu Ende. Wohl sind die ersten Schlachten des Endkampfes zwischen Kapital und Arbeit geschlagen, aber jeder Tag bringt neuen Kampf.

Sie Klassenstaat — die Sozialistische Republik!

So lösen die Kampfkrise.

Nach dem Niederbruch des Kaiserturns in den Novembertagen waren die bürgerlichen Klassen einen Augenblick verwirrt. Inzwischen haben sie in der Weimarer Versammlung eine feste Burg der Reaktion errichtet. Merkale und Viberals — Vertreter der Reaktion und Anwälte des Kapitalismus — führen mit Ebermann, Roske und Landsberg ein blutiges Regiment

gegen das revolutionäre Proletariat.

Im fünften Monat der Revolution steht das Proletariat auf der ganzen Front im Abwehrkampf gegen die Konterrevolution. In diesem Kampfe steht die U. S. P. D. allein auf der Seite der Arbeiterklasse.

Die ganze Presse heßt

durch Verleumdung und Lüge gegen die U. S. P. D. Allen voran steht der „Vorwärts“, am dichtesten verstrickt im Gewebe der Lügen, blind in seiner Wut gegen die revolutionäre Arbeiterschaft.

Männer und Frauen der Arbeiterklasse! Ihr habt in diesem ungleichen Kampfe nur eine Waffe: Eure eigene Presse. Von der Bourgeoisepresse begehrt, von den Ehergen der Konterrevolution bedroht, steht euer Organ

die „Freiheit“

im Kampfe gegen Lüge und Verleumdung in vorderster Linie.

Stärkt euer Blatt, Parteigenossen! Das junge Unternehmen bedarf der breiteren geschäftlichen Basis.

Die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ (E. G. m. b. H.)

hat sich gegründet, um der Zeitung des Berliner Proletariats dieses Fundament zu geben.

Genossinnen und Genossen,

werdet Mitglied in der Genossenschaft und erwerbt Anteilscheine. In den Parteiorganisationen liegen Listen zum Zeichnen von Anteilsbeträgen aus. Alle Funktionäre Groß-Berlins können Zeichnungen entgegennehmen. Aufnahmefähig ist jede geschäftsfähige, über 21 Jahre alte Person, die der U. S. P. angehört. Die Höhe des Geschäftsanteils ist auf 20 Mark festgesetzt; mehr als tausend Anteile kann niemand erwerben. Trotzdem hat jedes Mitglied bei allen Beschlüssen nur eine Stimme. Die Mitgliedschaft kann schriftlich mit einjähriger Frist zum Schlusse eines Geschäftsjahres gekündigt werden.

Arbeiter und Arbeiterinnen, stärkt eure Presse und ihr verdoppelt eure Macht! Ergoht dafür, daß die „Freiheit“ den Kampf gegen die anstürmende Reaktion mit Tatkraft und Frische fortführen kann! Schafft euch ein starkes, eurer großen Bewegung würdiges Organ! Trage jeder bei zum Bau des Ganzen und sei es mit den kleinsten Mitteln.

Der Vorstand der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“.

Ferner gelangte ein Antrag zur Annahme, zu diesen Sitzungen sämtliche kleineren Betriebe Weihensee hinzuzuziehen und Vorträge von Referenten halten zu lassen.

Die Arbeiterräte beim Magistrat Berlin haben sich ungeduldet ihrer Berufs- und Parteizugehörigkeit in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Anschrift: Zimmerstr. 90/91 (Zim. 5).

Versammlung der Angestellten-Ausschüsse der Waren-, Kaufhäuser und Spezialgeschäfte am Montag, den 24. März, abends 7 Uhr, in den Zentralgefällen, Alte Jakobstr. 82. Ausweise sind mitzubringen. Die Finferkommission der Waren-, Kaufhäuser und Spezialgeschäfte.

Groß-Berlin.

Bekanntmachung.

Arbeiterräte Groß-Berlins!

Am Montag, den 24. März 1919, vormittags 10 Uhr, findet in den Germaniafälen, Chausseestraße, die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte statt.

Tagesordnung:

Stellungnahme zum Reichsrätekongreß!

Anträge zum Rätekongreß, die in der Vollversammlung behandelt werden sollen, müssen bis zum 21. März dem Vollversammlungsrat eingereicht werden.

Die Ernährung der Berliner Bevölkerung.

Nach einer Erklärung des Oberbürgermeisters Vermuth bleibt die Ernährung der Groß-Berliner Bevölkerung äußerst kritisch. Die Zufuhren an Fleisch sind nach wie vor sehr gering. In den letzten Wochen sind an Stelle von dem fehlenden Fleisch wie bekannt, Ersatznahrungsmittel verteilt worden, aber diese gehen ihrem Ende entgegen. Es scheint, daß die Zentralstellen die große Gefahr, die Berlin droht, noch immer nicht genügend würdigen. Die Viehhändlerverbände werden nicht genügend zur Bieferung angehalten. Auch die Kartoffelzufuhren haben durch den Streik so schwere Einbußen erlitten, daß man nicht von der einen auf die andere Woche mit Sicherheit disponieren kann.

Ueber die vom Auslande hereinkommenden Nahrungsmittel lasse sich erst sprechen, wenn sie wirklich hier sind. Bei der Verteilung müssen zuerst die Großstädte berücksichtigt werden, weil dort die Not am größten ist. Es muß beizeiten dafür gesorgt werden, daß ein fester Verteilungsplan geschaffen wird. Der Magistrat Berlin hat bei der Reichsstelle für Speisekarte beantragt, daß die Verteilung dieser Nahrungsmittel ausnahmslos in die Hände des Magistrats gelegt wird, weil sonst sehr leicht ein großer Teil der Waren verschwinden oder seinen Weg in den Schleichhandel finden werde.

Es wurde mit aller Entschiedenheit gegen die Absicht Einspruch erhoben, die vom Auslande kommenden Nahrungsmittel auch nur teilweise dem freien Handel zu überlassen, dann bekommt die Armee Rehabilitation in der Welt.

Aus dem Rathaus.

Am Dienstag wird eine außerordentliche Stadverordnetenversammlung stattfinden, zu der eine Reihe wichtiger Gegenstände vorliegen. Einmal soll der Antrag unserer Genossen zur Aufhebung des Belagerungszustandes zur Verhandlung gelangen, ferner liegen Anträge vor über die Schadenersatzpflicht aus Anlaß der letzten Vorgänge. Außerdem sind noch andere Anträge eingereicht worden. Die Uebernahme der Polizei in städtische Verwaltung, über die Anwendung der vom Auslande hereinkommenden Lebensmittel an die Städte u. a. mehr.

Hilfe für Rossleidende aus Anlaß der letzten Vorkommnisse.

Der Magistrat Berlin hat beschlossen, einer mit 6 000 000 M. ausstehenden Hilfsfonds Berliner Einwohnern, die bei den Unruhen der letzten Monate ohne eigenes Verschulden durch Verletzung ihrer Person oder eines Unterhaltspflichtigen oder durch Beschädigung ihres Eigentums in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, denselben zu geringem Zinsfuß und in Fällen besonderer Not auch Unterstüßungen zu gewähren. Der Stadverordnetenversammlung soll hierüber sofort Vorlage gemacht werden. Wie ersichtlich, handelt es sich hierbei um eine andere Art des Eintritts, ja zum Teil um einen anderen Personenkreis als sie bei dem Erlaß der sogenannten Tumultschäden in Frage kommt. Der Magistrat ist der Meinung gewesen, daß es unmöglich angehe, die Notlage zahlreicher Einwohner so lange dauern zu lassen, bis Reich und Staat sich über die von den Gemeinden in der Landesversammlung gestellten Anträge auf der vom November bis zum März entstandenen Schäden schlüssig gemacht haben. Er hat aber erneut an die Staatsbehörden die dringende Bitte um schleunigste Entscheidung dieser über das letzte Vorgehen weit hinausreichenden Frage berührt.

Der Kampf ums Spandauer Rathaus.

Die politischen Kämpfe der Dezember- und Januarlage bilden den Gegenstand der Verhandlung, in der sich gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts III der Maschinenbauer Kune Dofert und der Handlungsgeselle Franz Schuebele wegen Freiheitsberaubung und unbefugter Bildung eines bewaffneten Haufens zu verantworten hatten.

Der Angeklagte Dofert ist nach der Revolution vom 9. November vom U- und S-Rat Spandau als Obmann des Sicherheitsausschusses eingeweiht worden, um das gesamte Polizeirevier Spandau zu kontrollieren. Für diesen Dienst wurden ihm ursprünglich 12 Sicherheitsbeamte beigelegt. Ihre Zahl liegt bis zum 10. Januar auf 84 Mann. Ihm sowohl, wie dem Arbeiterräte-mitglied Schuebele lagte nun die Anklage zur Last, am 24. Dezember im Anschluß an eine Weihnachtsfeier im Spandauer Rathaus die vier mehrheitlich sozialistischen Mitglieder des U- und S-Rates Lentz, Richter, Stahl und Vogler verhaftet und der Volksmarine-Division in Berlin für ihren Kampf gegen die Regierung Waffen und Munition geliefert zu haben. Ammüßlich soll auch die Sicherheitswehr auf 200 Mann verstärkt, die Mehrheitsgewählten auf dem U- und S-Rat hinausgedrängt und das Rathaus mit Maschinengewehren armiert worden sein. Mit dem Beginn der Spandauer Woche wurden dann wieder am 6. Januar die Mehrheitssozialisten verhaftet. Lentz und Richter auf Verreiben des später erschossenen Vorsitzenden des U- und S-Rates von Dowejewski gelangengeseht, nachdem sie sich schriftlich verpflichtet, nicht mehr gegen die unabhängigen Sozialdemokraten zu agitieren, wieder freigelassen. In der Nacht vom 9. zum 10. Januar wurde dann das Rathaus von Soldaten des 8. Pionier-Bataillons gesäubert und die beiden Angeklagten bei der Gelegenheit verhaftet.

Für die Wehrmaßnahme waren ungefähr ein Duzend Jungen aufgebunden, u. a. der Führer des von der Kommandantur eingeleiteten Sicherheitsbataillons, ein Justizrat, der über die Kompetenzübertragungen des Sicherheitsausschusses Angaben machte. Er bezeichnete den Angeklagten Hofert als den nur Geschobenen, die eigentliche Seele bei all den Uebergriffen seien die Brüder Metz gewesen. Der aus der Unterleuchungshaft vorgeführte Zeuge Georg Metz gab zu, im Auftrage von Rajewski verurteilt zu haben, 100 Gewehre aus der Kasse abzugeben, bei der Gelegenheit aber verhaftet worden zu sein.

Zeuge Polizeikommissar Karus gab ein Bild von der Tätigkeit des nach der Revolution eingeleiteten Sicherheitsausschusses, dessen Mittel er sich wenig respektvoll gegenüber den alten Beamten und Offizieren benahm. Die Reuon Lent, Richter, Gardeleben, Hesse, Köppen als Mitglieder des A. und S. Rates schilderten ausführlich die Vorgänge nach der Weihnachtfeier und in den Januartagen, ohne jedoch die beiden Angeklagten persönlich belastendes vorbringen zu können. Der Staatsanwalt ließ in seiner Anklagerede die Anklage auf Freiheitsberaubung fallen, hielt die Angeklagten jedoch der unbefugten Bildung eines bewaffneten Haufens durch die Wehrmaßnahme überführt und beantragte gegen Hofert 6, gegen Schenkele 8 Monate Gefängnis.

In eingehender Weise legte der Verteidiger Dr. Bergfeld dar, daß nach dem Stage der Revolution die A. und S. Rate von der neuen Regierung legalisierte Institutionen waren und auch bezeugt, Sicherheitsausschüsse wie in Spandau einzusetzen. Die Beweisaufnahme habe nicht ergeben, daß die Angeklagten Anweisungsbefehle gegeben oder Waffen ausgehändigt hätten. Die von der Anklage besonders betonte Hinausdrängung der abhängigen Sozialisten aus dem A. und S. Rate bedeute für den Tatbestand des § 127 gar nichts, der Zweck der Bildung eines bewaffneten Haufens sei bedeutungslos. Er beantragte daher Freisprechung seiner Mandanten.

Der Urteilspruch des Gerichts lautete bei beiden Angeklagten auf je 9 Monate Gefängnis! Die Quintessenz der Handlungswiese beider Angeklagten sei die Bildung einer „Roten Garde“ gewesen!

Das neue Groß-Berlin.

Die Eingemeindung in Groß-Berlin ist nicht mehr aufzuhalten. Diese Meinung scheint nunmehr auch allgemein zu werden. Es ist beabsichtigt, in Berlin nur Crischaffen mit höchstem Charakter einzuwerfen. Es dürften etwa 40 Gemeinden in Frage kommen. Die Verwaltung dürfte von einer Groß-Berliner Körperschaft mit einem Groß-Berliner Parlament wahrgenommen werden. Jene Gemeinden, die jetzt noch Einzelgemeinden sind, werden Bezirksparlamente behalten.

Stadtverordnetenversammlung in Neutölln.

Am Freitag fand die erste Sitzung des neugewählten Stadtparlamentes in Neutölln statt. Oberbürgermeister Kaiser begrüßte zunächst die neuen Stadtverordneten, eine Verpflichtung durch Handschlag erfolgte auf Widerspruch unserer Fraktion nicht. Dann übernahm Genosse Donath als Alterspräsident den Vorsitz. Die Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis. Als Stadtverordnetenvorsteher wurde Schulz (Mehrheitslos) gewählt, als Stellvertreter Genosse Künstler und als Beisitzer Egner (Dem.). Die Wahl der Schriftführer wurde auf Antrag unserer Genossen ausgesetzt. Stadtrat Marxgraf gab eine Erklärung ab, daß die neubeiholdenen Magistratsmitglieder ihre Mandate zur Verfügung stellen, aber bis zur Neuwahl im Amt bleiben wollen. Es erfolgte dann die Wahl der verschiedenen Ausschüsse. Eine Vorlage betr. Erhöhung der Gaspreise wurde auf Antrag aller Parteien einer gemischten Kommission überwiesen. Genosse Schneider wies zu diesem Punkt auf die ungeheure Belastung der ärmeren Bevölkerung hin, die unsere Fraktion nicht

helfen gestellten Antrage betr. Zurückziehung der Freiwillichen. Genosse Siebers gestaltete seine Rede zu einer wichtigen Anklage gegen die Regierungstruppen und ihre Helfershelfer, die Mehrheitssozialisten. Schon am 8. März habe Stadtrat Brunn um den Einmarsch der Truppen gebeten. Siebers schilderte die vergeblichen Bemühungen des Arbeiterrats, die Besetzung Neutöllns zu verhindern. In eindrucksvoller Weise, an Hand eines reichhaltigen Materials läßt Redner noch einmal die Schredenslage Neutöllns passieren, oft von lauten Beifalls- und Gebungen der U. S. und erregten Zwischenrufen der Mehrheitssozialisten unterbrochen. Scharf geht der Redner mit den Lügen der bürgerlichen Presse und des „Vorwärts“ ins Gericht. Warum ist der Magistrat diesen Lügen nicht entgegengetreten? Redner schließt mit den Worten: Wir gehen nicht den Weg der Gewalt, Arbeiterleben sind uns zu kostbar, um sie vor die Maschinenegewehe zu treiben. Wir fordern vom Magistrat: 1. Sofortige Erhebung, wer in Neutölln staatsrechtlich erschossen worden ist, auf Grund welchen Urteilsstandes und welche Beweise. Wir verlangen umgehend das Resultat dieser Erhebungen. 2. Wir verlangen, daß es den Magistratsmitgliedern aufs strengste untersagt wird, militärische Maßnahmen anzukündigen, ohne vorher mit den kompetenten Vertretern der Arbeiterschaft Rücksprache genommen und Genehmigung erhalten zu haben. 3. Daß dem Stadtrat Brunn eine öffentliche Rüge wegen seines provozierenden Verhaltens erteilt wird. 4. Daß der Magistrat den Arbeiterrat als seine rechtmäßige Kontrollinstanz anerkennt, sich dieser Kontrolle unterwirft und jede Denunziation und Verbeugung gegen ihn unterläßt.

Oberbürgermeister Kaiser beantwortete die Interpellation. Er erlennet die Tätigkeit des Arbeiterrats an, die Ruhe der Stadt zu bewahren. Der Magistrat hatte keine Macht, irgendwelche militärischen Maßnahmen zu verhindern, auch habe der Magistrat nichts getan, um die Besetzung Neutöllns herbeizuführen. In einer lebhaften Aussprache, in welcher Bürgermeister Dr. Mann und Stadtrat Brunn die gegen sie erhobenen Vorwürfe zurückweisen, Wermuth (Mehrheitslos) auf alles mögliche eingieng, nur nicht auf die Neutöllner Vorgänge, im übrigen aber die Politik Kosles voll und ganz verteidigt, ergänzen Genosse Künstler und Köpcke noch die Ausführungen Siebers.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Vermehrung des Schwefelrumpels um 50 Schweißern und Schöpfung von Wohnräumen für dieselben, fordert Genosse Kille Ausbau in eigener Regie. Die Vorlage wird angenommen. Ebenso die Vorlagen betr. Übernahme der bisherigen Privaten Fürsorgeanstalt für Lungenkranke und Einrichtung einer Kleinkinderkrippe für Kinder im Alter von 1 bis 6 Jahren. Zu ersterem Punkt begrüßt Genossin Sinneder die Vorlage und fordert weiteren Ausbau des Fürsorgewesens durch Errichtung einer Heilstätte.

Eine Antrage unserer Fraktion: Welche Schritte hat der Magistrat unternommen, um dem zum 1. April fester zu erwartenden Wohnungsmangel abzuwehren, begründet Genosse Bachmann; Er belämpft vor allen Dingen den Plan, Schulen als Wohnungen einzurichten, und belämpft die bisherige Wohnungspolitik. Mietssteigerungen bis 60 Prozent sind seine Seitenhieb. Stadtrat Binder beantwortet die Antrage und teilt mit, daß trotz aller Maßnahmen des Magistrats zum 1. April 78 Familien ohne Wohnung sind, sodas unbedingt Schulen zu Hilfe genommen werden müssen. Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden verlegt.

Die Gaspreiserhöhungen sollen vom Dienstag ab aufgehoben werden. Keine Freude wird diese Mitteilung nicht auslösen, zumal der Verbrauch nach wie vor begrenzt bleibt und Uebererschlebung bestraft wird und andererseits das gelieferte Gas teuer und schlecht ist. Der Gaspreis soll auf 87 Pfa. pro Kubikmeter erhöht werden. Konsumenten mit nicht mehr als 800 Kubikmeter Heizgasverbrauch und Automatenkunden bezahlen nur

Die Presseabteilung der Republikanischen Soldatenwehr teilt mit: Die Angehörigen des aufgelösten Depots 8 der Republikanischen Soldatenwehr, Snelienaustraße, haben ihre Bekleidungsstücke, soweit dieses noch nicht geschehen ist, in der Franzosenstraße, umgehend abzugeben. Wer bis zum 25. März 1919 seine Sachen nicht abgegeben hat, wird strafrechtlich verfolgt werden. Wohnung wird dortselbst alsdann bis zum 17. März 1919 gezogen.

Das Büro für die Bearbeitung der Aufrufschadenanträge ist von der Spandauer Straße 88 nach der Kaiser-Wilhelmstr. 12 und 43 III verlegt. Sprechstunden finden daselbst nur von 11—1 Uhr statt.

Aus den Organisationen.

Sechster Kreis. 18. Abteilung. Der Frauenleseabend findet Montag, den 24. März, bei Schulz, Steintiner Straße, abends 8 Uhr, statt.

Zweiter Wahlkreis. 2. Klasse abends Montag, den 24. März, abends 7 1/2 Uhr, bei Kauscher, Snelienaustr. 66, und in der Schulaula, Winterfeldstraße 16.

Charlottenburg. Am Dienstag, den 25. d. M., abends 7 Uhr, findet im Volkshaus, Köpenickerstraße, die Partifichung der Generalsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. — 2. Bericht vom Partifitag.

Pankow. Am Montag, den 24. d. M., abends 6 Uhr, Zusammenkunft aller Funktionäre bei Schwardt, Mühlenstraße, Ecke Maximilianstraße.

Tegele. Montag, abends 7 1/2 Uhr, Vorstandssitzung der U. S. V. bei Christensen, Schildestr. 68.

Korsdörfer. Am Dienstag, den 25. März, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Gesellschaftshaus, August-Bismarck-Str. 41. Tagesordnung: 1. Diskussion über den Partifitagbericht. — 2. Gemein角度gelegenheiten. Des Mitgliedsbuch ist mitzubringen, ohne daselbst kein Eintritt. Die Bezirksleitung.

Kreis Jugend Cäden und Cäden-West. Die Zusammenkünfte beider Gruppen finden künftig gemeinsam jeden Dienstag und Freitag von 7—10 Uhr abends statt. — Dienstag, den 25. d. M., Vortrag über die russische Revolution.

Kreis sozialistische Jugend Neutölln. Sonntagabend, 7 Uhr, Volkshaus Neutölln, Jugendheim, Kogelstr. 15. Das Heim ist Wochenlängs von 7—11 Uhr, Sonntags von 4—11 Uhr geöffnet.

Spiel und Sport.

Fußball. Turn- und Sportverein „St. Pauli 1“ spielt heute 1/4 Uhr gegen „Nordholla 1“. Vorher spielen „St. Pauli 11“ gegen „B. 1. B. 11“, Platz: Alt-Strohal 46. „St. Pauli 1. Jgd.“ in Tegele gegen „Eiche-Tempel 1. Jgd.“. Gleichzeitig zur Kenntnis, daß jeden Dienstag und Donnerstag von 7—11 Uhr in der Stadt-Turnhalle, Alt-Strohal 25, unsere Turnabende stattfinden.

Turnverein „Fichte“. Heute finden folgende öffentliche Turnen statt: 3. Schüler- und 4. Schüler-Abteilung in der Turnhalle, Kleinsdorferstraße 49. — 5. Schüler- und 6. Schüler-Abteilung in der Turnhalle Gräferstr. 80/89. — Beide Vereinsturnen von 8—9 Uhr. Gäste herzlich eingeladen.

Turnverein „Fichte“. Die 3. Schüler- und Schülerinnen-Abteilung veranstaltet heute nachmittags von 3—6 Uhr in der Turnhalle, Kleinsdorferstraße 49, ihr öffentliches Turnen.

Die Kreis Turnerschaft Komowen hat jetzt wieder folgende Abteilungen und Turnabende eröffnet: Schüler-Abteilung Dienstags und Freitags von 7—8 1/2 Uhr. Lehrlings- und Männerabteilungen und Turnen der Alten Herren am selben Abend von 8 1/2—10 Uhr. Im Gymnasium Eingang Althoffstraße. Freunde des Turnsports bitten wir, uns zu besuchen. Entnahmen werden im Turnsaal entgegengenommen. Der auch Abteilungen zu unserer Fußball-Abteilung. Vereinsversammlung findet jeden Sonntagabend noch dem 15. im Monat statt und zwar in Singers Volksgarten, Priesterstr. 81.

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Die für Sonntag, 23. März, angelegte Wanderung durch Alt-Berlin samt der Tour Thurm-Blauer Berge sollen aus. Dafür abends 6 Uhr gemütliches Beisammensein bei Wulken, Mühlendamm 2.

Aufforderung

zur Zeichnung der 4% Berliner Stadtanleihe von 1919.

Zur Bestreitung der öffentlichen Ausgaben der Stadt Berlin ist durch Beschluß der städtischen Behörden vom 9. 1./30. 1. 1919 die Aufnahme einer neuen Anleihe von 400 000 000 M. genehmigt worden. Die Anleihe wird hiermit zur allgemeinen Zeichnung aufgelegt. Für die Zahlung und die Herausgabe der Stücke gelten die untenstehenden Bedingungen. Der Zeichnungspreis beträgt 93,25 v. H. Die Anleihe wird in Stücken von 10 000 M., 5000 M., 2000 M., 1000 M., 500 M., 200 M. und 100 M. ausgegeben. Die Tilgung der Anleihe erfolgt vom 1. 4. 1920 bis Ende März 1930 mit 1 v. H. einschließlich der ersparten Zinsen durch Ansammlung eines Tilgungsstocks derart, daß die in dieser Zeit angesammelten Beträge zur Tilgung nur durch Auslosung zu verwenden sind. Vom 1. 4. 1930 ab findet die Tilgung mit 2 v. H. einschließlich der ersparten Zinsen, ebenfalls unter Ansammlung eines Tilgungsstocks statt, und zwar so, daß die angesammelten Beträge von 5 zu 5 Jahren zur Tilgung durch Ankauf oder Verlosung verwendet werden.

Die Inhaber können über die Schuldverschreibungen wie über jedes andere Wertpapier (durch Verkauf, Verpfändung usw.) verfügen.

Die Benutzung des Stadtschuldbuches mit allen sich daraus ergebenden Bequemlichkeiten und Vorteilen wird den Zeichnern empfohlen.

Zeichnungsbedingungen.

1. Zeichnungen werden vom 3. März bis 1. April 1919 von sämtlichen Zeichnungsstellen angenommen. Der Magistrat behält sich vor, die Zeichnungsfrist jederseits abzukürzen.

2. Hauptzeichnungsstelle ist die Stadthauptkasse Berlin, Rathaus, Erdgesch., Zimmer 20, Eingang Spandauer Straße. Geschäftsstunden werktäglich von 9—2 Uhr.

Zeichnungsstellen sind sämtliche Banken und Bankfirmen Groß-Berlins sowie die in den Bekanntmachungen an auswärtigen Plätzen genannten Banken und Bankfirmen, die Deutsche Girozentrale in Berlin, Vertrauensstr. 16/17, und die Brandenburgische Girozentrale in Berlin, Kronenstr. 61—63, die städtische Sparkasse Berlin mit sämtlichen Zweigstellen und amtlichen Nebenstellen, die

städtischen Sparkassen in Charlottenburg, Neutölln, Berlin-Lichtenberg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Potsdam und Coepenick, die Gemeindeparkassen in Berlin-Pankow, Berlin-Reinickendorf, Berlin-Weißensee.

Zeichnungsscheine sind bei allen vorgenannten Stellen zu haben. Die Zeichnungen können aber auch ohne Verwendung von Zeichnungsscheinen brieflich erfolgen.

3. Die Schuldverschreibungen werden in Stücken zu 10 000 M., 5000 M., 2000 M., 1000 M., 500 M., 200 M. und 100 M. ausgefertigt werden. Bis zur Fertigstellung der Stücke werden Zwischenscheine ausgegeben. Die Zinsscheine sind zahlbar am 1. März und 1. September jeden Jahres.

Der Zinslauf beginnt am 1. März 1919, der erste Zinsschein ist am 1. September 1919 fällig.

4. Der Zeichnungspreis beträgt 93,25 M. für je 100 M. Nennwert, unter Verrechnung der üblichen Stückzinsen. Den Schlussnotenstempel trägt der Zeichner.

5. Die Zuteilung findet unmittelbar nach dem Zeichnungsschluss statt. Die bis zur Zuteilung bezahlten Beträge gelten als voll zuteilt. Im Falle der Ueberzeichnung entscheidet der Magistrat über die Höhe der Zuteilung.

Wünsche wegen der Stückelung sind im Zeichnungsschein anzugeben, anderenfalls wird die Stückelung von den Zeichnungsstellen nach ihrem Ermessen vorgenommen.

6. Die Zeichner können die gezeichneten Beträge sofort bezahlen; die Verzinsung beginnt vom Tage der Zahlung ab.

Die Zahlung muß bis 17. April 1919 geleistet sein und hat bei derselben Stelle zu erfolgen, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist.

Berlin, den 25. Februar 1919.

Magistrat.

Wermuth. 856.

Schleierstoffe

bedruckt, ca. 110 cm breit,

Meter **24.50**

Schleierstoffe

weiss, bestickt, ca. 110 cm breit,

Meter **25.75**

Kleiderseide

ca. 90 cm breit,

Meter **39.50**

A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brannen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

Weißwaren

- Filetkragen imitat., in verschiedenen Formen und vielen schönen Mustern... 4.95 8.95
- Blusengarnituren aus Tüll, reich mit Spitzen garniert... 3.45 4.95
- Blusenkragen aus Tüll, bestickt, mit Tüllspitzen verziert, in verschiedenen Formen... 7.50
- Blusenkragen Matrosenform aus Glasbatist, reich bestickt, mit Stickerel garniert... 10.75
- Grosser Kragen aus Glasbatist, für Jacken und Kleider, reich bestickt, in verschiedenen Formen 12.50

Papierwaren

- Hanf-Umschläge ... 100 Stück 1.85
- Briefpapier ... 100 Bogen 1.75
- Briefkassette 25 Bogen, 30 Umschläge ... 1.95
- Papier-Servietten weiss 100 Stück 2.95

Kurzwaren

- Lockennadeln Pack 18 Pf.
- Haarnadeln Pack 15 22 Pf.
- Druckknöpfe Dutzend 12 Pf.
- Rolloschnur Stück 95 2.25
- Stecknadeln Brief 12 Pf.
- Miederband Meter 90 1.25 1.40
- Küchenband rot oder blau Meter 32 40 45 Pf.
- Wäscheköpfe bespannen Karte 4 Dutzend 75 Pf.
- Nähnadeln Brief 8 Pf.
- Sicherheitsnadeln sortiert, Dtz. 45 Pf.
- Stiefelisenkel Macon 1.10 1.45
- Reissnägel Karten 3 Dutzend 25 Pf.
- Patent-Hosenknöpfe Dutzend 35 Pf.
- Halbleinenband Stück 1.25

Garnierknöpfe in grosser Auswahl

Handarbeiten

- Mittendecke mit Spitze reich garniert 5.50
- Mittendecke aus Damast, mit Spitzen garniert 7.95
- Tabletdecken guter Stoff, fertig gestickt 1.45 1.95 2.65
- Kissenbezug verschiedene Stoffe, vorgezeichnet 8.50
- Lautenbänder vorgezeichnet und fertig gestickt in grosser Auswahl
- Bettwandschoner vorgezeichnet und fertig gestickt in reicher Auswahl

Zum Umzug
Glas, Porzellan, Wirtschaftsartikel, Eisenwaren, Bettstellen

U. S. P. Ortsverein Neukölln.

Büro Redirt. 8. Telefon 1804.
Kongress, den 24. März 1919, abends 8 1/2 Uhr, in der Unionsbrauerei, Hofenstraße.
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht vom Parteitag. — 2. Diskussion. — 3. Vereinsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Wahlverein U. S. P. D., Charlottenburg.

Fortsetzung der Generalversammlung:
Dienstag, den 25. März 1919, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Charlottenburg, Hofenstraße.
Tagesordnung:
1. Bericht vom Parteitag, Bericht vom Parteitag, Bericht vom Parteitag.
Der Vorstand.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Sitzung Berlin, Sedanstrasse 37-38.
Montag, den 24. März 1919, abends 8 Uhr, im Hotel M. Schulz, Am Königsgraben 2 (a. v. Mühlstr.)
Versammlung
der in den Waren- und Kaufhäusern beschäftigten Wäschearbeiter, Zuschneiderinnen, Näherinnen, Plätterinnen usw.
Tagesordnung:
1. Bericht über unsere Lohnforderungen. Referent: Kollege D. Tolmisch. — 2. Freie Aussprache.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 88-85.
Geschäftst. von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Dienstag, den 25. März 1919, abends 8 1/2 Uhr,
Gruppenversammlung der Werkzeugschleifer
in der Humboldt-Straße, Hufschmiedstraße 40.
Tagesordnung:
1. Bericht des Gruppenführers. — 2. Bericht über die Gruppenangelegenheiten. — 3. Verschiedenes.
Jeder Kollege ist verpflichtet, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 88-85.
Geschäftst. von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Achtung!
Die nächste
ordentliche Generalversammlung
findet am 12. Mai 1919 statt. Anträge dazu sind bis zum 14. April 1919 an die Ortsverwaltung einzureichen.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler u. Portefeuillier.

Ortsverwaltung Berlin.
Am Dienstag, den 25. März 1919, abends 7 1/2 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15
Branchenversammlung
der Geschirre- u. Reitzengattler.
Tagesordnung:
1. Das Ergebnis der Verhandlungen über die Lohnregelung der Geschirre- u. Reitzengattler.
2. Wahl der Branchenleitung und Kommission.
3. Verschiedenes.
Alle zur Zeit in der Geschirrebranche beschäftigten Kollegen sind hierdurch dringend eingeladen.
Die Branchenleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Berufung Berlin.
Tel. Moritzpl. 10023, 3078. Bureau: Berlin, Rungestr. 30.
Branchen-Versammlungen.
Tischler Bezirk Südosten. Montag, den 24. März, abends 8 Uhr, in der 100. Gemeindeschule, Reichenberger Straße 67. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. — 2. Bericht der Arbeiterkreise des Bezirks Südosten. — 3. Verbandsangelegenheiten.
Klavier- und Mechanikerarbeiter und Arbeiterinnen. Montag, den 24. März, abends 8 Uhr, in der Aula der Puffenbüschschen Oberschule, Dresdener Str. 113. Tagesordnung: 1. Die Durchführung unseres Tarifes und die Verhandlungen mit den Klavier-, Mechanik- und Klavierfabrikanten. — 2. Bericht von der Generalversammlung. — 3. Bericht vom Gantag.
Rohrmaschinen. Montag, den 24. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Berlin, Engelauer 15, Saal 3. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. — 2. Bericht von der Generalversammlung. — 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.
Tischler Bezirk Norden, Rosenfelder und Schindhauser Str. Dienstag, den 25. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Büttner, Schindhauser Str. 29. Tagesordnung: 1. Bericht vom Gantag. — 2. Bericht von der Generalversammlung. — 3. Verbandsangelegenheiten.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen der Kollegen, auch der Arbeitslosen, dringend erforderlich.
Schleimmacher. Dienstag, den 25. März, abends 8 Uhr, bei Staben, Michaelstr. 24.
Maschinenarbeiter. Dienstag, den 25. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Kochhöfen Alt-Berlin, Blumenstraße. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. — 2. Bericht von der Generalversammlung und Stellungnahme zu den Anträgen zum Verbandstag. — 3. Branchenangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband d. Schuhmacher Deutschlands

Geschäftsstelle Berlin, Engelauer 14/15.
Telephon: Amt Westend 8433.
Sitzung: Dienstag von 10-12, Donnerstag von 4-7 Uhr.
Dienstag, den 25. März 1919, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15 (Gr. Saal)
Öffentliche Schuhmacher-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht über den im Schuhmachergewerbe Groß-Berlins vereinbarten Minimal-Lohnsatz, Berichtsjahr 1918. — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist Pflicht!
Die Ortsverwaltung.
Achtung!
Freiheits-Spediteure
Mittwoch, den 26. März, abends 7 Uhr
Versammlung bei Göttele, Prenzlauer Straße 29.
Tagesordnung:
1. Wie organisieren wir uns und zu welchem Zweck.
2. Evtl. Wahl.
3. Verschiedenes.
Pünktl. Erscheinen bei der Wichtigkeit der Tagesordnung unbedingt erforderlich.
Zutritt haben nur Spediteure.

Zentral-Verband der Glaser Deutschlands.

Sitzung Berlin.
Donnerstag, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus
Versammlung.
Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht!
Zentralverwaltung Berlin.
S. S. Baumstr.

Berein der Berliner Buchdrucker u. Schriftsetzer.

Gewährung von Erwerbslosen-Unterstützung bei teilweiser Erwerbslosigkeit.
Artikel 16:
„Unterstützungen, die der Arbeitgeber seinen Arbeitern vertragsgemäß oder freiwillig aus eigenen Mitteln wegen Verkürzung der Arbeitszeit gewährt, sind weder von der Erwerbslosenunterstützung auf die amtlich gewährte teilweise Erwerbslosenunterstützung angerechnet, noch vom Arbeitgeber von der letzteren in Abzug zu bringen.“
Die tariflich festgesetzte Entschädigung für den ausfallenden Lohn bei verkürzter Arbeitszeit darf also in keiner Weise in Anrechnung gebracht werden.
Diese Bestimmungen sind mit dem 3. 5. 1919 in Kraft getreten.

2. Kreis U. S. P.

Dienstag, den 25. März 1919, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Rittenwalder Straße 34
Mitgliederversammlung
Tagesordnung:
1. Berichterstattung vom Parteitag.
2. Freie Aussprache.
Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.
Der wichtigen Tagesordnung wegen erwartet regen Besuch
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Verein Berlin.

Sitzung der Malierer und Steinbildhauer.
Mittwoch, den 26. März, abends 8 Uhr,
Mitgliederversammlung
im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.
Tagesordnung:
1. Auffstellung eines Kandidaten für die Renovation der Arbeiterkreise. — 2. Berufsangelegenheiten. — 3. Verschiedenes.
Die Gruppenleitungen.
Der Weg.
Herausgeber Dr. Repler.
Nr. 2. Offener Brief an Scheidemann — Gegen Friedrich Rossmann und den Reichstagsklub — Bund der Kaufmannslogen usw. Preisnummer 60 Pf., Jahressatz 3 Mark beim Verlag, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 53.

4. Wahlkreis U. S. P. D.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Zigarrenhändler **Johannes Müller** Meinerstraße 10, durch die Noske-Garde unerschuldigt erschossen worden ist.
Eure selbsten Andenken! Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 26. März, nachmittags 8 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht der Vorstand.
Am Donnerstag, den 13. d. M., abends 9 Uhr, entritt nur der Tod, durch Mordanschlag der Noske-Garde, meines über alles geliebten Mannes und freudigen Vaters meiner Kinder, Sohn, Bruder, Neffe, Schwager und Onkel, der Maschinenführer **Georg Filbrandt** im 37. Lebensjahre. Dieses zeigt schmerzhaft an Frau Ww. A. Pohaus, nebst Schwestern, Kolonnenstr. 12a, I SR pl.

6. Wahlkreis U. S. P. D.

Bezirk 704, 14. Abt.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Rev.-Dreher u. frühere Bezirksführer **Gustav Hans** Emdenerstr. 24 im Alter von 39 Jahren gestorben ist.
Eure selbsten Andenken! Die Beerdigung findet Dienstag, 25. März, 1/4 Uhr in Stahndorf statt. Abfahrt 2 1/2 vom Bahnhof Tiergarten.
Der Vorstand.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes **Georg Metzger** sagen wir auf diesem Wege allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.
Familie Gust. Metzger, Neukölln, Steinmetzstr. 2.

Danksagung.

Allen Kollegen, Kollegen und Genossen sage ich für die aufrichtige Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, meinen herzlichsten Dank.
Louise Krause und Tochter, Berlin, Schillerstr. 5.

Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden, Bekannten, den Genossen des Wahlvereins (U. S. P. D.) 4. Wahlk., 329. Bez., 28. Abt., dem Betriebs-Arbeitsrat der Firma Mannoll und den Mietern des Hauses sage ich für die Kranzspenden und die mir erwiesene Teilnahme bei der Einäscherung meines geliebten Mannes **Max Kobicke** meinen aufrichtigsten Dank.
In tiefem Weh
Gertrud Kobicke
Revaler Str. 10.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Richard Linke** im Alter von 21 Jahren von der Noskegarde am 11. 3. erschossen wurde. Ihre selbsten Andenken! Die Beerdigung findet Montag, den 24. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Weissenauer Friedhofes, Falkenburger Straße, aus statt. Die Kollegen treffen sich 2 Uhr am Prälator, Weissenauer, Lederstrasse 122.
Um rege Beteiligung bittet die Bezirksleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

18. Abt., Bez. 629.
Nachruf.
Am Freitag, den 7. März, fuhr unser Genosse **Wilhelm Schmidt** Brunnenstr. 84 durch Koptisch vor- mittags am Rosenthaler Platz.
Eure selbsten Andenken!

R. P. D. Neukölln.

Nachruf.
Durch unerschrockenen Mut königstreuer Truppen wurde meuchlings unser Genosse **Karl Ficher** in der Berliner Kriegswerkstatt erschossen.
Dem tapferen Lieblingen Noskes sage ich, an meine Genossen **Otto Kahlbaum** nach seiner Heimkehr aus dem Felde auf dem Schlachtfelde Berlin zur Strecke zu bringen. Eure ihrem Andenken. Wir kämpfen weiter.
Die Bezirksleitung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Herrmann Karraß** im besonderen Herrn Lieske für seine tröstlichen Worte sowie dem Gesamtverein „Abend“ den Genossen u. Kolleginnen der Firma Auer sage ich hiermit meinen innigsten Dank.
Die tieftrauernde Witwe **Mathilde Karraß**.

Nachruf.

Sozialdemokr. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlk., 18. Abt., Bez. 629.
Am Freitag, d. 7. März fuhr unser Genosse **Wili Kowalski** Brunnenstraße 84 durch Koptisch. Abend's Brunnenstraße, Ecke Kugener Straße.
Eure selbsten Andenken.